



Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Kantonale Volksabstimmung am 25. September 2005

Auf Sonntag, 25. September 2005, werden folgende kantonale Volksabstimmungen festgesetzt:

- Volksinitiative "EKS-Verkauf vors Volk";
- Volksinitiative "EKS zurück an den Kanton".

An diesem Datum findet auch eine eidgenössische Volksabstimmung statt (Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten zwischen der Schweiz einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits sowie über die Genehmigung der Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit).

Initiative "Nur eine Fremdsprache an der Primarschule" zustande gekommen

Der Regierungsrat hat die am 4. Mai 2005 von einem überparteilichen Komitee eingereichte kantonale Volksinitiative "Nur eine Fremdsprache an der Primarschule" als zustande gekommen erklärt. Die Unterschriftenbogen mit dem Initiativbegehren wurden geprüft. Die kantonale Volksinitiative vereinigt 2'728 gültige Unterschriften auf sich.

"slowUp" rückt näher

Am Sonntag, 29. Mai 2005, findet der erste slowUp Schaffhausen-Hegau statt. Der Regierungsrat freut sich auf diesen grenzüberschreitenden Grossanlass. Auf dem 35 km langen Rundkurs Schaffhausen - Thayngen - Gottmadingen - Buch - Ramsen - Gailingen - Dörflingen - Büsingen wird insgesamt sechsmal die Landesgrenze überquert. Der autofreie Rundkurs steht all jenen zur Verfügung, die sich mit eigener Kraft auf Rädern, Rollen oder zu Fuss fortbewegen wollen. Die Gemeinden an der Strecke laden ein zu einem kulinarisch, kulturell und sportlich vielfältigen Festprogramm. Der Kanton Schaffhausen kann mit diesem Grossanlass die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zum süddeutschen Raum weiter intensivieren. Der Regierungsrat freut sich auf eine möglichst grosse Beteiligung der Bevölkerung.

Zusammenfassung der Sozialversicherungsgerichtsbarkeit - Startschuss für Vernehmlassung

Der Regierungsrat plant, die Sozialversicherungsgerichtsbarkeit beim Obergericht zu vereinigen. Gleichzeitig wird das verwaltungsgerichtliche Verfahren vereinfacht. Hintergrund dieser Anpassungen ist das neue Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungs-

rechts. Gemäss diesem Gesetz haben die Kantone ein einheitliches kantonales Versicherungsgericht zu schaffen.

Im Kanton Schaffhausen sollen die Aufgaben der bisherigen Rekurskommission für die Arbeitslosenversicherung ins Obergericht integriert werden. Das Obergericht ist bereits heute in allen anderen Bereichen das kantonale Sozialversicherungsgericht. Die Übernahme der neuen Aufgaben und die erforderliche Vereinheitlichung der versicherungsrechtlichen Verfahren machen zudem eine Anpassung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes sowie weiterer Erlasse erforderlich. Die Integration der Aufgaben der Rekurskommission für die Arbeitslosenversicherung führt zu einer Mehrbelastung des Obergerichtes. Die Pensen der nebenamtlichen Richter und des juristischen Kanzleipersonals müssen leicht erhöht werden. Die Neuorganisation führt zu jährlichen Mehrkosten von insgesamt 60'000 Franken. Der Grund liegt in der Pflicht, die Entscheide im Sozialversicherungsbereich neu in allen Fällen zu begründen. Nachdem der Präsident und die Vizepräsidentin der Rekurskommission ihre Funktionen nur noch bis Ende 2005 ausüben möchten, sollten die entsprechenden Anpassungen bereits auf 2006 vorgenommen werden.

Der Regierungsrat hat eine Vernehmlassung zu dieser Vorlage bei den Parteien sowie weiteren interessierten Organisationen eröffnet.

Zustimmung zu Ostschweizer Polizeischule

Der Regierungsrat hat die Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer Ostschweizer Polizeischule in Amriswil genehmigt. Die Vereinbarung wurde von der Konferenz der Ostschweizer Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren erarbeitet. Es beteiligen sich alle Kantone und Städte des Ostschweizer Polizeikonkordates mit Ausnahme von Glarus an der gemeinsamen Polizeischule in Amriswil. Die Schule soll am 1. Oktober 2006 ihren Betrieb mit dem ersten Ausbildungslehrgang mit voraussichtlich vier parallel geführten Klassen aufnehmen. Aus dem Kanton Schaffhausen werden nach heutiger Planung im ersten Jahr 11 Aspirantinnen bzw. Aspiranten ihre Ausbildung in Amriswil beginnen.

Die Finanzierung der Kosten erfolgt durch einen fixen Sockelbeitrag der Vertragspartner aufgrund der Korpsgrösse und der Einwohnerzahl sowie durch ein Schulgeld pro Aspirant. Die Ausbildung in einer gemeinsamen Polizeischule ist für den Kanton Schaffhausen wesentlich kostengünstiger. Gemäss der Planerfolgsrechnung der Ostschweizer Polizeischule ergibt sich für den Kanton Schaffhausen bei 11 Aspiranten ein Schulgeld von 28'500 Franken pro Aspirant. Gestützt auf eine Vollkostenrechnung resultiert für den Kanton Schaffhausen eine Kostenreduktion von 8'500 Franken pro Aspirant gegenüber der korpseigenen Polizeischule.

Neuer Chefarzt Orthopädie

Der Regierungsrat hat Dr. med. Karl-Heinz Widmer auf den 1. Oktober 2005 als Chefarzt der neuen Abteilung Orthopädie und Traumatologie am Kantonsspital Schaffhausen angestellt. Karl-Heinz Widmer arbeitet seit 1998 als Oberarzt an der Klinik für Orthopädische Chirurgie und Traumatologie des Bewegungsapparates am Kantonsspital Bruderholz Basel. Dr. Widmer besitzt den Facharztstitel für orthopädische Chirurgie sowie die Zusatzbezeichnungen für Sportmedizin und Physikalische Therapie.

Schaffhausen, 24. Mai 2005
bis und mit Nr. 21/2005
19/2005

Staatskanzlei Schaffhausen